

CHRISTOPH SCHEUPLEIN

Friedrich List und die »neue Mitte«. Sozialdemokratische Technologiepolitik in der Metropole Berlin

*»Von außen hat man den Eindruck, Berlin sei lediglich eine Ansammlung von Häusern unweit des Urals.«
Hanns-Jürgen Lichtfuß, Leiter der
Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin*

Der Aufbruch

Die ›Entdeckung‹ der Innovationspolitik war mediengerecht inszeniert. Als die Berliner SPD Mitte Februar 1998 ihre »Adlershofer Erklärung« verabschiedete, tat sie dies auf dem Gelände des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Adlershof, einer technologischen Kathedrale inmitten der deindustrialisierten Wüste Ost-Berlins. Mit diesen Leitlinien nahmen die Berliner den Ball auf, den Schröder, Clement und andere zur Durchsetzung einer »modernen« Wirtschaftspolitik in die SPD gespielt hatten. Innovationspolitik ist mehr als eine fachpolitische Forderung, sondern besteht auf einer Integration einzelner Fachpolitiken in eine gesellschaftspolitische Strategie, und dies in doppelter Weise: Zum einen sollen die Strukturen in allen Politikbereichen flexibel gemacht werden. Proteus, der sich stets verwandelnde Meergott der griechischen Sage, soll offenbar zur neuen Symbolfigur der Sozialdemokratie werden. Zum anderen wird die Förderung der ökonomisch verwertbaren Produktivkraftentwicklung als kategorischer Imperativ der Politik ausgegeben.

Natürlich waren allerlei Relativierungen in den Text eingebaut, als er im November 1998 vom Landesparteitag verabschiedet wurde. Die Innovation aller gesellschaftlichen Institutionen sollte zugleich angegangen werden, war dort zu lesen, außerdem müsse die soziale Abfederung gewährleistet bleiben. Dennoch ist die Neugewichtung der wirtschaftspolitischen Motive deutlich. Die Technologie- und Innovationspolitik erhält eine »Schlüsselrolle« und wird zum Austragungsort zukünftiger Wahlkämpfe stilisiert.¹

Im folgenden wird zuerst die ökonomische Lage Berlins und die Technologiepolitik der vergangenen Jahre skizziert. Vor diesem Hintergrund wird dann der aktuelle sozialdemokratische Ansatz in der Technologiepolitik bewertet, wobei insbesondere die wirtschaftspolitische Ideengeschichte mit dem geistigen Urahn Friedrich List zu würdigen ist. Abschließend wird das Kernelement der technologiepolitischen Strategie in Berlin, die Ausgestaltung von Kompetenzzentren, analysiert und ein Resümee gezogen. Dieser Beitrag setzt sich nur am Rande mit den institutionellen Details der

Christoph Scheuplein – Jg. 1968, Dipl.-Soziologe, Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, promoviert an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zur Regionalökonomie.

1 Vgl. »Für Innovation und Beschäftigung«, Adlershofer Erklärung der Berliner SPD, verabschiedet auf dem Landesparteitag am 6./7. November 1998, S. 13; die Rede des SPD-Spitzenkandidaten Walter Momper in Adlershof am 4. Juni 1999: »Chancen regionaler Technologiepolitik« sowie den Abschnitt »Wirtschaft, Technologie, Innovation« im SPD-Programm zur Abgeordnetenhauswahl am 10. Oktober 1999.

Berliner Technologiepolitik auseinander. Er konzentriert sich vor allem darauf, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Implikationen einer auf den Leitbegriff Innovation verpflichteten Politikstrategie aufzuzeigen.

Von der Katerstimmung zur Techno-Party?

Die ökonomische Lage Berlins ist noch immer stark durch die Folgen des doppelten Transformationsprozesses geprägt. Die erste Euphorie von 1989-91, als von einer Modernisierung der Wirtschaftsstruktur als natürlichem Nebeneffekt des Aufstieges zur West-Ost-Handelsmetropole und zur Hauptstadt ausgegangen wurde, verflog schnell. Um so klarer zeigen sich seitdem die zahlreichen Strukturprobleme in Ost und West. Die Defizitliste der Berliner Wirtschaft ist lang: Es fehlt an Fernabsatz, an der Qualifikation der Arbeitskräfte, an innovationsorientierten Unternehmen, an Großunternehmen und unternehmerischen Hauptquartieren, an der Verbindung zwischen Forschungs- und Unternehmenssektor und an höherwertigen Dienstleistungen. Seit 1992 liegt die Wachstumsrate Berlins bei durchschnittlich einem dreiviertel Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im ersten Vierteljahr 1999 bildete Berlin mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von einem halben Prozent das Schlußlicht der Bundesländer. Besonders betroffen war der industrielle Sektor, in dem die Zahl der Beschäftigten zwischen 1993 und 1997 um mehr als ein Fünftel sank. Diese Verluste konnten nicht durch Gewinne in anderen Bereichen, etwa bei Dienstleistungen, aufgewogen werden. Sowohl Wertschöpfung und Beschäftigung steigen in diesem mit Hoffnungen überladenen Sektor nur verhalten. Vielmehr blockieren Unterindustrialisierung und eine Dienstleistungslücke wechselseitig die wirtschaftliche Entwicklung Berlins. So hat die Stadt bei den hochwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen zwar ihre Position verbessert, dennoch besteht ein deutlicher Abstand zu westdeutschen Dienstleistungszentren.

Das Gesamtbild zeigt: Nicht nur die Blüenträume der Nachwendzeit, auch die aktuellen Hoffnungen auf eine Normalisierung der ökonomischen Entwicklung sind trügerisch. Es macht weder Sinn, auf eine Angleichung der sektoralen Struktur an den bundesdeutschen Durchschnitt, noch auf ein Normalniveau der Kapitalakkumulation zu spekulieren. Analysiert man den jüngsten Entwicklungsverlauf in Berlin, dann zeigt sich das gegenteilige Ergebnis. Im vergangenen Jahrfünft vergrößerten sich die Unterschiede zwischen Berlin und dem Durchschnitt der westdeutschen Metropolregionen (Hamburg, München, Frankfurt) in mehreren Wirtschaftsbereichen weiter.² Der zentrale Merksatz aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre muß demnach lauten: Die künftige regionalökonomische Restrukturierung ist offen sowohl für eine Auf- als auch für eine Abwärtsbewegung und ihre Perspektiven ergeben sich aus der spezifischen sektoralen Spezialisierung und Verflechtung.

In dieser Situation sind langfristige Strategien in der Wirtschaftspolitik gefragt. Der Technologiepolitik kommt beim ›Bohren dicker Bretter‹ (Max Weber) sicherlich eine herausgehobene

2 Vgl. Stefan Krätke: Berlin: Struktur-Anpassung oder »offener« Strukturbruch, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 37. Jg. (1998), Bd. II, S. 191-209.

Rolle zu. Dieser Politikbereich wird seit 1991 wesentlich sozialdemokratisch geprägt. In der ersten Legislaturperiode der Großen Koalition wurde sie vom SPD-Wirtschaftssenator verantwortet, in der zweiten Legislaturperiode wird sie vom SPD-Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie bestimmt. Wie ist sie nun gestrickt, die Politik in einer der zentralen Kampfarenen der »neuen Mitte«?

Technologiepolitische Strategien

Berlin verfügt über ein sehr breites Instrumentarium der Technologieförderung und -vermittlung. Dabei ist die Förderung sowohl branchenspezifisch wie auch branchenübergreifend angelegt.³ Im Berlin des Nachwendejahrzehnts können grob zwei Phasen der technologiepolitischen Strategie unterschieden werden. In den Jahren 1992 bis 1995 setzte die Wirtschaftsverwaltung auf eine Modernisierung in den Betrieben und auf die Unterstützung der Kooperation zwischen ihnen. Das Zauberwort lautete »Moderation«. Es wurde ein regelmäßiger »Industriedialog« angeboten, innerhalb dessen Unternehmen Innovationsprozesse gemeinsam beginnen und stabilisieren sollten. In der Umsetzung geriet dieser Ansatz zwangsläufig zu einer Feuerwehrpolitik. Mit rund 350 Unternehmen, von denen viele in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, wurde vor allem die akute Problemlage erörtert. Der ursprüngliche Anspruch einer Initiierung von Innovationsprozessen ging verloren. So wurde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre keine adäquate Antwort auf den industriellen Erosionsprozeß gefunden. Geboten wurde zwar der Ausbau der öffentlichen Forschungseinrichtungen, die ganze Palette des Technologietransfers und das klassische Instrumentarium der Wirtschaftsförderung (Standortmarketing, Akquisition neuer Unternehmen). Aber insgesamt handelte es sich eher um passiv-reaktive Rettungsversuche als um eine strategische Weichenstellung.

In der zweiten Phase (seit 1995) wurde die Förderung zukunfts-trächtiger Technologiefelder in den Mittelpunkt gerückt. Zum einen wurden die einzelbetrieblichen Probleme stärker innerhalb eines städtischen Gesamtsystems der Innovation gesehen. Zum anderen wurde Technologiepolitik als notwendiger Teil einer aktiv gestaltenden sektoralen Strukturpolitik und damit als Teil der Wirtschaftspolitik anerkannt. Die entscheidende Frage der Technologiepolitik lautet seitdem: Welche Felder sollte Berlin fördern? Die erklärte Absicht besteht nun darin, die Schwerpunktfelder über den Ist-Stand der Berliner Wirtschaftsstruktur und über die prognostizierte Entwicklung des Marktpotentials zu identifizieren.

Derzeit hält der Wirtschaftssenator die Bio-, Medizin- und Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Umwelt- und Energietechnik für förderungswürdig.⁴ Die Kriterien dieser Auswahl bleiben allerdings diffus. Dies wird schon dadurch signalisiert, daß die zentralen Elemente mehrfach umbenannt wurden – von Technologieclustern (1994) zu Innovations- (1997) bzw. Kompetenzfeldern (1998). Dafür wurden ganz unterschiedliche Begründungen geboten. Zum einen wurde von vielfach anwendbaren Basistechnologien gesprochen. Zum anderen

3 Vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie: »Technologieprogramm FIT Berlin 2001«, Berlin 1995.

4 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: Technologiestandort Berlin, Zukunft und Chance (Technologiebericht), Februar 1999.

wurde in verschiedenen Bereichen gesellschaftlicher Bedarf identifiziert, für den technologische Lösungen zu finden wären. Auch im jüngst veröffentlichten Technologiebericht werden ganz unterschiedliche Größen, u.a. nationale und globale Umsatzzahlen, Weltmarktanteile, Exportquoten, Beschäftigungsvolumina, erwartete Marktentwicklungen usw. zur Bestimmung der Schwerpunktfelder herangezogen.

Angesichts dieses Datensammelsuriums läßt sich erahnen, woher die Vorbehalte gegenüber struktur-politischen Ansätzen stammen. Es wird weder ein innerregionaler Effizienzvergleich der Technologiefelder, noch ein Niveauvergleich (Benchmark) mit anderen Regionen durchgeführt. Dabei ist eine ständige Beobachtung der Marktentwicklung und der institutionellen Landschaft in den Technologiefeldern eine selbstverständliche Voraussetzung für die Förderung von Technologiefeldern.⁵ Da im Technologiebericht des Senats keine Zielvorgaben für die zu erreichende Effizienz angegeben werden und offenbar keine Vorstellungen über Prioritäten bestehen, kann man die Berliner Technologiepolitik nur zu ihrem Erfolg beglückwünschen. Sie hat ihre nicht vorhandenen Maßstäbe vollkommen erfüllt. Auf ähnliche Weise wird die Suche nach einem Leitbild für das Technologiekonzept des Landes Berlin vertagt.⁶ Das Konzept – so weit von einem solchen gesprochen werden kann – scheint weniger koordinierende oder orientierende Funktionen zu besitzen, als vielmehr der Legitimation des Verwaltungshandelns zu dienen.

Ein Überblick über die bisherigen ›Netzwerkansätze‹ in den Schwerpunktfeldern ergibt einen sehr unterschiedlichen Sachstand. Eine klare, problemnahe Förderstruktur ist am ehesten auf dem Feld der Biotechnologie zu erkennen. Hier wird bereits intensiv kooperiert. Häufig beschränkt sich die Vernetzung allerdings auf einen verbesserten Informationsaustausch, während sich kaum weitergehende Verbindungen zwischen Entwicklern, Herstellern, Zulieferern und Anwendern von Technologie ergeben. Auch auf den aussichtsreichsten Technologiefeldern der Stadt bestehen zahlreiche Defizite und Entwicklungshindernisse.⁷ Es mangelt an einer tragenden Wirtschaftsstruktur und an einer hinreichenden Wirtschaftsorientierung bei den nichtwirtschaftlichen Akteuren auf den verschiedenen Technologiefeldern. Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß das angebliche Kernstück der Berliner Technologiepolitik, die Strategie der technologiepolitischen Schwerpunktfelder, real eher Stückwerk geblieben ist und eher Showeffekte produziert hat. Der Weg zu prosperierenden technologieorientierten Wachstumsfeldern wird in Berlin noch lang und arbeitsreich sein.

Aufgrund der handwerklichen Mängel in der Wirtschaftspolitik und der fehlenden finanziellen Potenz des Landes ist die Förderung technologischer Stärken insgesamt schwach – oder wie es der Staatssekretär in der Wissenschaftsverwaltung, Ingolf Hertel, formulierte: »Wo nichts zu verteilen ist, muß man auf Netzwerke, Schwerpunkte und Struktur setzen.« Die handwerklichen Probleme sollen, so wird derzeit verkündet, mit der inzwischen auf den Weg gebrachten institutionellen Neuordnung überwunden werden.

5 Entsprechende Handlungsvorschläge hat inzwischen eine von der Investitionsbank Berlin herausgegebene Studie unterbreitet; vgl. Booze-Allen & Hamilton: Kompetenzprofil Berlin, August 1999.

6 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: Innovations- und Technologiekonzept Berlin, Juli 1999.

7 Vgl. Technopolis, Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung/ Verein Deutscher Ingenieure/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Regional Innovation Technology Transfer Strategies (RITTS), Stage II Report, Januar 1998. Dieses Projekt wurde von der Europäischen Union finanziert und in verschiedenen europäischen Technologie-regionen durchgeführt.

Damit ist zum einen den Ausbau der Investitionsbank Berlin (IBB) zum zentralen Förderinstitut der Stadt gemeint. Mit dieser Vereinheitlichung dürften größere Transparenz, bessere Koordination und höhere Professionalität der Wirtschaftsförderung einhergehen. Allerdings sagt dies noch nichts über die Eignung dieser Institution für die ganze Breite der ihm übertragenen technologiepolitischen Aufgaben. Zum anderen wird die Technologie-Vermittlungs-Agentur (TVA) zur Zeit in die Technologiestiftung Berlin integriert.

Die Förderung von Technologiefeldern soll in diesem Rahmen neu organisiert werden. Die davon erhoffte Optimierung der operativen Prozesse (Beseitigung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen, von Verzögerungen bei der Umsetzung, mangelnde Abstimmung zwischen den Bundesländern) muß sich jedoch erst noch einstellen. Aufgrund der rechtlichen Form (Stiftung des bürgerlichen Rechts) und der Zusammensetzung des Kuratoriums ist zu erwarten, daß nur ein kleiner Kreis der gesellschaftlichen Gruppen Einfluß auf diese »Zukunftsbaustelle« erhält. Durch die Rechtskonstruktion ist die Technologieentwicklung weitgehend einer parlamentarischen Kontrolle und erst recht einem gesellschaftlichen Diskurs entzogen. Diese Art Technologieförderung wird so kaum eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsweise vorbereiten.

Weitere Reibungsverluste entstehen in Berlin durch die Verteilung der Kompetenzen auf die drei Senatsverwaltungen für Technologie, Wirtschaft und Wissenschaft. Gleichzeitig verfolgt auch der Regierende Bürgermeister technologiepolitische Ambitionen. Diese wechselseitigen Blockaden werden nach der Abgeordnetenhauswahl am 10. Oktober 1999 wahrscheinlich abgemildert. Aber erst danach werden die eigentlichen Aufräumarbeiten im Politikfeld Technologiepolitik beginnen können. Die finanziellen Grenzen des innovationspolitischen Handlungsspielraums sind in Berlin allerdings bedeutend schwieriger zu verschieben.⁸

1998 dürfte als ein Jahr der Niederlagen in die Geschichte der Berliner Technologiepolitik eingehen. In den bundesweiten Wettbewerben »Mobilität in Ballungsregionen«, »BioRegio« und »Existenzgründungen aus Hochschulen« belegte die Region jeweils undankbare vierte Plätze, auf denen sie nichts von den ausgeschriebenen Fördermitteln erhielt. Diese Negativserie setzte sich 1999 mit der Platzierung im »Media@Komm-Wettbewerb« des Bundeswirtschaftsministeriums fort. Das Resümee nach fünf Jahren Konzentration auf sektorale Schwerpunkte lautet daher: Trotz partieller Fortschritte der Institutionen- und Netzwerkbildung auf einigen Feldern ist Berlin noch in keinem Sektor als Kompetenzzentrum anzusehen.

Viele Fragezeichen stehen auch noch hinter dem Prestige-Projekt »Technologiepark Adlershof«. Hier wurden bislang zahlreiche außeruniversitäre Institute, Teile der Humboldt-Universität und 270 Unternehmen angesiedelt. Im Vergleich zu der einen Milliarde DM, die seit 1992 auf dem Gelände investiert wurden, nimmt sich die Zahl von rund 4.200 Arbeitsplätzen im öffentlichen und privaten Bereich sowie der Umsatz von 360 Mio. DM, der im Unternehmensbereich 1998 erwirtschaftet wurde, bescheiden aus.

8 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Kann sich Berlin aus seinem Finanzdilemma befreien? Zur Entwicklung des Landeshaushalts von Berlin, in: DIW-Wochenbericht 22/1999.

Inzwischen wird der Ruf nach einem besseren Kooperationsmanagement und einer überarbeiteten Ansiedlungsstrategie immer lauter.

Schließlich ist hier noch die technologiepolitische Zusammenarbeit mit Brandenburg anzusprechen. Um sie ist es nicht zum besten bestellt, wie die jüngst beschlossene Gründung einer Brandenburger Technologiestiftung deutlich gemacht hat. Der Brandenburger Ansatz, Technologiepolitik strukturpolitisch einzubetten und durch eine Regionalisierung die Beteiligung der Akteure zu erhöhen, kann zwar insgesamt positiver bewertet werden. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob eine Regionalisierung der Finanzmittel und Entscheidungskompetenzen sowie eine wirkungsvolle Orientierung der Technologiepolitik an wirtschaftsstrukturellen Kriterien tatsächlich erfolgt.

Die Senatsverwaltung verkündet derzeit auf Nachfrage, daß die Zusammenarbeit mit Brandenburg in der Technologiepolitik hervorragend sei und sich auf dem Wege weiterer Verbesserung befinde. Frei übersetzt heißt dies: Brandenburg stört nicht weiter bei der Entwicklung der Berliner Technologiepolitik.

Die ›Erfindung‹ der Innovationspolitik

Diese Betrachtung der sozialdemokratischen Technologiepolitik in Berlin muß noch um einen Punkt erweitert werden: Die einzelnen Handlungsfelder der Innovationspolitik, d.h. neben der Technologiepolitik vor allem die Wissenschafts- und Schulpolitik, sind seit vielen Jahrzehnten gewachsen. In ihnen ist mühselige Kleinarbeit zu verrichten, ohne daß schnelle Erfolge erwartet werden können. Dies gilt vor allem für das finanziell handlungsunfähige Berlin. In den neueren gesellschaftspolitischen Grundsatzserklärungen der Sozialdemokratie und in ihrer Wahlkampfdraturgie wird der Innovationspolitik dagegen Revolutionäres zugetraut.

Mit ihrer Betonung übernimmt die Berliner SPD wesentliche Elemente der Schröderschen Wahlkampagne. In den programmatischen Sätzen von Schröder, Hombach und anderen Bekennern der »neuen Mitte« wird alles so dargestellt, als ob es sich tatsächlich um einen Politikentwurf handele. Demnach bezeichnen Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik ein magisches Feld, aus dem eine neue Prosperitätskonstellation Kraft schöpfen soll. »Innovationsfähigkeit und Innovationsgeschwindigkeit sind die Schlüsselemente einer Modernisierungsstrategie, die als einzige geeignet ist, die Potentiale unserer Volkswirtschaft zu nutzen und internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen«. ⁹ Dabei wird das wirtschaftspolitische Instrumentarium auf eine »Angebotspolitik von links« (Hombach) geschrumpft. Deren Inhalte werden in der Theorie als Ausgleich von Marktversagen und in der Praxis durch einen »knochenharten Pragmatismus« (Hombach) bestimmt. Hinter die Strategie der Produktivkraftentwicklung als ultima ratio von Politik überhaupt können zahlreiche Fragezeichen gesetzt werden: Sorgt sie nicht – soweit ausschließlich ein Land betrachtet wird – langfristig für eine weitere Reduzierung des Arbeitsvolumens und damit für eine geringere Wachstumsrate der Wertschöpfung? Bewirkt dies nicht gerade eine weiter nachlassende wirtschaftliche

9 Gerhard Schröder in: Tageszeitung vom 22. Mai 1997; vgl. auch den Abschnitt V »Innovation und Bildung« in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Dynamik? Wird die behauptete gesellschaftliche und insbesondere institutionelle Erneuerung nicht auf eine technologische Erneuerung eingeengt? Verhindert sie nicht, daß der sozial-ökologische Umbau und die Verteilungspolitik durch weitere wirtschaftspolitische Instrumentarien flankiert werden können?

Der Reiz des innovationspolitischen Diskurses besteht gerade darin, daß in ihm die mikroökonomische bzw. betriebliche Ebene verabsolutiert werden. Dadurch wird erreicht, daß die oben genannten Fragen gar nicht auf die Tagesordnung.¹⁰ Im Kern geht es hier um eine ›neo-Listianische‹ Strategie, die die Entwicklung der systemischen Kräfte von Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in das Zentrum der Politik rückt.

Grundzüge der aktuellen Debatte und die Ambivalenzen des Imperativs der Produktivkraftentwicklung scheinen bereits bei Friedrich List, dem Erfinder der Innovationspolitik, auf. Das heißt allerdings nicht, es gebe nichts Neues unter der Sonne. Vielmehr gilt es in Erinnerung zu rufen, daß bereits zu Beginn kapitalistischer Entwicklung die Herstellung von Innovationsfähigkeit ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem darstellte. Mit diesem Wissen können die eingeschlagenen Lösungswege in der aktuellen Problemkonstellation genauer eingeschätzt werden.

In Lists Lehre von der nationalen »Konföderation der produktiven Kräfte« (List 1971b: 196) spielen Technologie und ihre industrielle Anwendung die Schlüsselrolle. »Die Manufakturkraft«, so führte er 1837 aus, »ist zugleich Mutter und Tochter der Wissenschaften und der Künste« (List 1971a: 269). An diese Erkenntnis schloß er ein Programm der Mobilisierung der Innovationskräfte an, in dem großer Wert auf die Verbesserung des Ausbildungssystems, die Qualifizierung der Arbeitskräfte und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gelegt wird (vgl. List 1971a: 389ff.). Indem er die Beschäftigten des Bildungssystems und die Produzenten von Ideen, Kunstwerken, gesellschaftlichen Normen etc. als »Produzenten der Produktivkraft« (List 1971b: 182) verstand, nahm er die Aufwertung von Wissen zur entscheidenden gesellschaftlichen Ressource vorweg. Das »geistige Kapital« wurde zum größten Schatz einer Nation erklärt. Zugleich hob er den systemischen Zusammenhang der Innovationskräfte als einen entscheidenden Erfolgsfaktor hervor.

Für ihn, der in den Vereinigten Staaten die beginnende Industrialisierung miterlebt hatte, war der institutionelle nationalstaatliche Rahmen von Wettbewerbsfähigkeit für den Entwicklungserfolg der rückständigen deutschen Wirtschaft zentral. Produktivitätsbildung vollziehe sich auch auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, predigte er und verwies auf den Zusammenhang von Mikro- und Makroebene der Ökonomie¹¹: Die Summe der produktiven Kräfte einer Nation sei größer als das Aggregat aller produktiven Kräfte der einzelnen Unternehmen (List 1971b: 205) – dies wandte er vor allem gegen Adam Smith und die einzelwirtschaftlich fixierte englische Klassik ein.

Unterhalb der nationalstaatlichen Ebene wirken Städte und Regionen als Innovationssysteme. List sah durch die industriell-gewerblichen Sektoren ein System der Zusammenballungen und

10 Vgl. für eine entsprechende Kritik: Ralf Krämer, Benny Mikfeld, Sigrid Skarpelis-Sperk: Politikwechsel oder »Innovation« à la Schröder?, in: spw 5/1997, S. 4-6; Christoph Scheuplein: Innovation ohne Regulation?, in: Sozialismus 9/1997, S. 4-5; Schwerpunkt »Innovativer Kapitalismus«, in: spw 4/1998.

11 »Man bemerke, wie die Vermehrung der produktiven Kräfte, (...) bei der einzelnen Fabrik anfängt und bis zum Nationalverband emporsteigt ...« List 1971b: 190.

Verbindungslinien entstehen.¹² Sowohl die Urbanisationsvorteile wie die Vorteile einer erhöhten Mobilität durch die verdichteten Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten resultieren aus dem Zusammenwirken von Produktivkräften. List benannte daher die »Fühlungsvorteile« zwischen dem Wissenschafts- und Bildungssystem und dem industriellen Sektor als Agglomerationsgrund.¹³

Das Bestehen im internationalen Wettbewerb hatte als die oberste Staatsmaxime zu gelten: »Jedes Gesetz, jede öffentliche Einrichtung wirkt stärkend oder schwächend (...) auf die produktiven Kräfte« (List 1971b: 320) – ein glasklares Bekenntnis zur Standortpolitik. In diesem Rahmen ist der Schutzzoll – das am stärksten mit List verbundene wirtschaftspolitische Thema – für ihn nur eine temporäre Maßnahme zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit junger Industrien gewesen. Das interventionistische Instrumentarium wird also zeitlich an die Entwicklung der Marktkräfte gekoppelt (vgl. List 1971b: 220). Die Optimierung der Produktivität innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens hat Priorität vor der Herstellung des Freihandels auf einem internationalen Markt – daher bei List die Polemik gegen den interessengebundenen »Kosmopolitismus« der klassischen Theorie.

Eine nationalistische Färbung ist allen Konzeptionen des Wettbewerbsstaates eigen. Die Richtung ist schon bei List erkennbar, der von sich selbst sagte, daß im Hintergrund aller seiner Gedanken stets Deutschland sei (vgl. List 1971b: 637). Gekoppelt war dies mit einer korporatistischen Sichtweise des Staates, der alle Klassenfraktionen in das Produktivitätsbündnis einzubinden habe. List thematisierte, im Unterschied beispielsweise zu Ricardo, keinen verteilungspolitischen Konfliktstoff und keine negativen Begleitfolgen der Modernisierung. In Lists Proklamation der Industrialisierung wird die sachliche Unterordnung der Individuen unter die objektivierte Bewegung des Kapitals gefeiert. Durch diese Unterordnung können sich Individuum und Nation scheinbar erst vervollkommen.

Wie die Listianischen Ideen die Wirtschaftspolitik infiltrierten, wie sie im Bismarckschen Staat zu einer dauerhaft angelegten Schutzzollpolitik umdefiniert und welcher Anteil ihnen innerhalb der deutschen Industrialisierung zukommt, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Hier soll lediglich festgehalten werden, daß schon zum Anbeginn der Industrialisierung das Hauptproblem der kapitalistischen Produktion sich als Problem der Produktion des Neuen darstellte. In diesem Sinne empfahl List, die Widersprüche der Kapitalakkumulation durch eine Forcierung der Produktivkraftentwicklung zu überwinden. Die Parallelen zu einer modernen Wirtschaftspolitik, die sich jenseits von rechts und links vorn wähnt, sind verblüffend. List forderte sogar einen regelmäßigen Niveauvergleich der technischen und sozialen Innovationen zu anderen Ländern (vgl. List 1971b: 393).

Projiziert man diesen rund 150 Jahre alten Entwurf auf die aktuelle sozialdemokratische Programmdiskussion, dann bestätigt sich wieder einmal das bekannte Diktum von Keynes: »Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen.«

12 »Je mehr Manufakturen verschiedener Art am gleichen Punkt vereinigt oder durch günstige und schnelle Verbindungen und Verkehrsmittel in Beziehung gebracht sind, um so mehr Bedeutung gewinnt die produktive Kraft einer jeden.« List 1971a: 273.

13 »Das Gesetz der Geschäftsoperationen und der Konföderation der produktiven Kräfte drängt dagegen mit unwiderstehlicher Macht die verschiedenen Manufakturierten zueinander hin. Reibung erzeugt die Funken des Geistes wie die des natürlichen Feuers. Geistige Reibung ist aber nur da, wo nahes Zusammenleben, wo häufige geschäftliche, wissenschaftliche, soziale, bürgerliche und politische Berührung, wo großer Verkehr an Gütern und Ideen.« List 1971b: 234.

Kompetenzzentren

Die Konzentration auf sektorale Schwerpunkte wurde in den vergangenen Jahren ein immer gewichtigeres Element in der Berliner Technologiepolitik. Die Berliner Sozialdemokratie hat diese Orientierung mit ihren wirtschaftspolitischen Beschlüssen im Wahlkampf 1999 noch einmal verstärkt. Die Entwicklung technologischer Felder »zu international konkurrenzfähigen Kompetenzzentren in Kooperation mit Unternehmen muß das Kernstück Berliner Innovationspolitik werden«, so die Forderung des Landesparteitages¹⁴. Mit dem Begriff »Kompetenzzentrum« wird an die Diskussion über die Globalisierung unternehmerischer Forschung angeschlossen. Dabei wird regionalen Zentren für spezifische Forschungsleistungen aus drei Gründen ein Bedeutungsgewinn zugesprochen. Erstens ist im Rahmen des globalen Wettbewerbs der Kreis der Länder mit einem höheren Anteil an forschungsintensiven Gütern gewachsen. Viele »Schwellenländer« konnten ihren Marktanteil ausdehnen. Zweitens verlegen Großunternehmen ihre Forschungsabteilungen zunehmend an Standorte mit den attraktivsten Merkmalen, seien es die Forschungsinfrastruktur, das Personalangebot oder die Exklusivität eines Marktes. Drittens inszeniert die Politik innerhalb der Europäischen Union einen Wettbewerb auf regionaler Ebene, in dem erhebliche Fördermittel verteilt werden.

Dies sind einige der Motive für Bund, Länder und Kommunen, die Stärken ihrer regionalen Ökonomie auszubauen. Ziel ist die Bildung regionaler Kompetenzzentren, die als ein Netzwerk von Forschern, Produzenten, Dienstleistern und Anwendern verstanden werden können, die auf einem Technologiefeld oder einem technologischen Anwendungsfeld international führend sind und die durch hohe Wertschöpfung und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze gekennzeichnet sind.

Kompetenzzentren besitzen eine internationale Ausstrahlung. Sie ziehen Forschungs- oder Produktionskapazitäten in eine Region oder sie eröffnen durch ihre modellhaften Lösungen Exportmöglichkeiten. In jedem Fall wird die Förderung aus der Perspektive der Region konzipiert. Alteingesessene und neu angesiedelte Unternehmen werden gleichermaßen einbezogen.

Die Politik der regionalen Kompetenzzentren kann nun mit verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen verbunden werden. In der dominierenden wirtschaftspolitischen Konzeption, die auch den Hintergrund der »Adlershofer Erklärung« der SPD abgibt, wird der »Wettbewerb der Regionen« als eine Form der Standortkonkurrenz verstanden. Die Logik des Kostensenkungswettlaufs und der wirtschaftspolitischen Enthaltsamkeit wird damit auf die regionale Ebene bezogen. Dieser Ansatz verabsolutiert äußere Einflüsse auf die sozioökonomische Entwicklung von Regionen. Es geht nicht länger um ein Entwicklungskonzept für die vielbeschworenen vorhandenen Stärken, sondern um eine viel simple Strategie. Die Anpassung an die global (vermeintlich) vorgegebenen Standards wird forciert. Eine am Gemeinwohl orientierte Verantwortung der Förderung wird negiert. Soziale und ökologische Kriterien und die Abschätzung langfristiger Folgen von Technologien werden zurückgedrängt.

14 »Für Innovation und Beschäftigung«, Adlershofer Erklärung der Berliner SPD, verabschiedet auf dem Landesparteitag am 6./7. November 1998, S. 13.

Gleichzeitig werden Konzentrationsprozeß und Dominanz von Großunternehmen verstärkt, indem ihre Bedürfnisse als Vorgaben akzeptiert werden.

Der auch von der SPD genutzte Begriff des Kompetenzzentrums ist offensichtlich stark reduktionistisch. Erstens verwirklicht sich demnach Kompetenz allein in der wirtschaftlich meßbaren Leistung. Die potentielle Problemlösungskompetenz für Felder des gesellschaftlichen Bedarfs, für die (noch) keine zahlungsfähige Nachfrage vorhanden ist, wird nicht gewürdigt. Zweitens wird das Kompetenzzentrum nur in der Forschung verortet. Den Beziehungen zu Herstellern, Dienstleistern und Anwendern wird häufig zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Drittens werden die sichtbaren institutionellen Beziehungen überbetont und die Komplexität von regionalen Innovationssystemen wird unterschätzt. Diese besitzen nicht nur »offiziell« feststellbare Dimensionen, sondern in ihnen spielen auch »untergründige« sozio-kulturelle Beziehungen eine wichtige Rolle. Die ökonomischen und sozio-kulturellen Effekte räumlicher »Fühlungsvorteile« machen die Region selbst zu einer Produktivkraft und bieten sinnvolle Ansatzpunkte für die Struktur- bzw. Technologiepolitik. Viertens nimmt die reduktionistische Version der »Kompetenzzentren«-Strategie für sich in Anspruch, einen gangbaren Weg der Globalisierung aufzuzeigen und die Einbindung der Regionen in globale Netzwerke zu bewerkstelligen. Die Ressourcen werden aber im wesentlichen eingesetzt, um Schneisen für globale Handelsströme zu schlagen. Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens tauchen nicht auf.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, das offizielle Ziel der Berliner Technologiepolitik, sollte deshalb nicht ausschließlich auf globaler Ebene formuliert werden. Wettbewerb findet auch unterhalb des Weltmarktes statt, Technologieentwicklung auch unterhalb von Großforschungseinrichtungen. Die Herausbildung einer globalen Arbeitsteilung regionaler Kompetenzzentren und die Erhöhung der globalen Handelsströme ist kein Selbstzweck. Zahlreiche Produktionsprozesse und Dienstleistungen können innerhalb von einer oder von einigen verbundenen Regionen organisiert werden – aus ökologischen, beschäftigungs-, struktur- und innovationspolitischen Gründen¹⁵. Dies muß als technologiepolitische Aufgabe verstanden werden.

Resümee

Was bleibt übrig von der Innovationspolitik als neuem Königsweg der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik? Eine Betrachtung der möglichen Handlungsfelder einer Innovationspolitik zeigt, daß man mit ihr schnell bei den »Normalproblemen« einer kapitalistischen Ökonomie angelangt ist. Die Steigerung der Produktivität ist eines der Standardthemen kapitalistischer Akkumulation und sie war auch stets ein Standardthema der Wirtschaftspolitik. Auf dem Feld der Technologiepolitik zeigen sich gerade in Berlin sehr schnell die Gestaltungsgrenzen. Der geringe fiskalische Spielraum und die wenigen Anknüpfungspunkte in den Berliner Branchen verweisen darauf, daß Innovationspolitik kein Münchhausen-Griff zu werden verspricht, mit dem die Stadt die Gesetze ökonomischer

15 Bekanntlich scheint eine stärkere Herausbildung regionaler Stoffkreisläufe bzw. eine Ökologisierung dieser Kreisläufe technisch machbar und ökonomisch effizient, z.B. im Bereich der materiellen Infrastruktur (Wohnen, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung), in bezug auf die Grundversorgung (Ernährung, Kleidung, Wohnung) und bei personenbezogenen Dienstleistungen (Ausweitung sozio-kultureller Dienstleistungen).

Schwerkraft zu ignorieren vermag. So bietet der Innovationsansatz nur den Trost einer übervereinfachten Weltsicht, mit deren Hilfe man Erweckungspredigten an das Berliner Wahlvolk richten kann.

Die Bilanz sozialdemokratischer Technologiepolitik der letzten Jahre fällt dagegen bescheiden aus. Insbesondere der zuständige Senator hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die »Kompetenzzentren«-Strategie ist von ihrem finanziellen Volumen her unbedeutend, inhaltlich ungeklärt und handwerklich fehlerhaft. Ihre Ausgestaltung hat bereits viel mit den Interessen global operierender Unternehmen, aber noch wenig mit den Bedürfnissen der Region zu tun.

Alle weiteren technologiepolitischen Programme, in denen der Großteil der Mittel gebunden ist, bedürfen einer differenzierten Würdigung. Sie präsentieren jedoch eher technologiepolitisches ›business-as-usual‹ und versprechen keinen innovationspolitischen Quantensprung.

Literatur:

Friedrich List (1971a): Das Natürliche System der Politischen Ökonomie, in: Werke, Bd. IV, Aalen 1971.

Friedrich List (1971b): Das Nationale System der Politischen Ökonomie, in: Werke, Bd. VI, Aalen 1971.